

## **Die Rezession bekämpfen – mit dem grünen New Deal in die Zukunft investieren**

*Beschluss der BAG Wirtschaft und Finanzen vom 7. Dezember 2008 (Einstimmig beschlossen)*

Wir erleben derzeit eine Finanz- und Wirtschaftskrise globalen Ausmaßes, wie zuletzt in den 30er Jahren des letzten Jahrhunderts. Der damaligen Krise begegnete der US-amerikanische Präsident Roosevelt mit dem Programm des „New Deal“. Auf die jetzige Krise antworten wir mit einem Grünen New Deal, der eine Neuregulierung der Finanzmärkte mit einem ökologischen und sozialen Investitionsprogramm und einem besseren sozialen Ausgleich verbindet.

Die Finanzkrise hat sich längst zu einer schweren Weltwirtschaftskrise entwickelt. Der Internationale Währungsfonds warnt bereits vor einer globalen Rezession und auch Deutschland wird im nächsten Jahr in eine schwere Rezession geraten. Es spricht wenig dafür, dass diese Krise von kurzer Dauer sein wird. Da die Wirtschaft weltweit abstürzt und vor allem die USA als Lokomotive der Weltwirtschaft auf längere Sicht ausfallen, sind für Deutschland anders als bei bisherigen Krisen keine positiven Impulse aus dem Exportsektor zu erwarten. Vor allem aber wird es mehrere Jahre dauern, bis die Banken die Finanzkrise verarbeitet haben werden. Schlimmstenfalls droht sich die Krise durch deflationäre Entwicklungen sogar weiter zu verschärfen.

In der aktuellen Situation ist eine entschiedene konjunkturpolitische Antwort notwendig. Die Große Koalition droht durch ihr Zaudern, Deutschland mit ruhiger Hand in die Katastrophe zu lenken. Ohne schnelles Gegenlenken wird sich die Krise weiter verschärfen, zugleich drohen jedoch auch langfristige Folgeschäden, da eine zu zögerliche oder falsche Konjunkturpolitik zur Entwertung von Human- und Sachkapital und zu einer dauerhaft höheren Sockelarbeitslosigkeit führt, sowie den technologischen Fortschritt bremst. Mit ihrem Zaudern wird die Große Koalition auch der internationalen Verantwortung Deutschlands nicht gerecht. In der Vergangenheit waren es oft die Vereinigten Staaten, die mit entschlossenen Maßnahmen für andere Länder wie Deutschland die Konjunkturlokomotive gespielt haben. Diese Funktion können die USA in der jetzigen Krise nicht mehr erfüllen, weil sie im Zentrum der Krise stehen und eine tiefe Rezession durchleben werden. Andere Länder müssen diese Lücke nun füllen. Während China, dessen Bruttoinlandsprodukt immer noch unter dem Deutschlands liegt, dieser Verantwortung nachkommt und in den nächsten Jahren Investitionen im Gesamtumfang von 460 Mrd. US-Dollar, beschließt die Große Koalition ein Konjunkturprogramm, das der Sachverständigenrat zu Recht als „putzig“ bezeichnet.

Dies gilt umso mehr, wenn man das Konjunkturprogramm mit dem Rettungsschirm für die Banken vergleicht. Schwarz-Rot offenbart damit ein Unverständnis, was die Wechselwirkungen zwischen einer Stabilisierung des Finanzsystems und der Realwirtschaft angeht. Es bestehen wichtige verstärkende Rückwirkungen in beide Richtungen. Ein Zusammenbrechen der Banken würde in eine tiefe Depression münden. Umgekehrt würde aber auch eine Rezession, die notwendigerweise mit verstärkten Unternehmensinsolvenzen und Kreditausfällen einhergeht, eine Erholung des Finanzsystems verhindern. Die Krise würde chronisch, vor allem wenn sich zum konjunkturellen Einbruch noch eine Deflation einstellt.

Wichtig ist es jetzt, kluge Konjunkturpolitik zu betreiben und dabei nicht die Fehler der Vergangenheit zu wiederholen. Weder darf gegen die Krise angespart werden, denn im Ergebnis endet man mit einem höheren Schuldenstand als wenn man rechtzeitig einige expansive fiskalische Impulse gesetzt hätte. Noch darf die Schuldenproblematik aus dem Blick geraten. Wir Grüne wollen eine öffentliche Finanzverfassung schaffen, die die Nachhaltigkeit der Staatsfinanzen garantiert und gleichzeitig langfristigen Investitionserfordernissen und der konjunkturellen Steuerung der Wirtschaft gerecht wird.

Wie Konjunkturpolitik ebenfalls nicht aussehen darf, machen derzeit Union und Wirtschaftsverbände mit ihren Forderungen nach Steuersenkungen vor. Nachweislich haben Steuersenkungen einen viel geringeren belebenden Effekt auf die Wirtschaft als öffentliche Investitionen oder soziale Ausgabenerhöhungen. Der Grund dafür ist, dass in einer Rezession die Menschen verunsichert sind und aus Vorsichtsgründen zum verstärkten Sparen neigen und die Unternehmen aufgrund einer Unterauslastung ihrer Kapazitäten infolge fehlender Nachfrage keinen Bedarf an Investitionen haben. Im Extremfall kann eine Steuersenkung so wirkungslos verpuffen. Steuersenkungen, vor allem bei der Einkommenssteuer, begünstigen zudem einseitig höhere Einkommensgruppen. Aber Steuersenkungen sind nicht nur wegen ihrer zweifelhaften Wirksamkeit unverantwortlich. Sie lassen sich in der Regel im Aufschwung auch schwer rückgängig machen und verringern somit auf Dauer die ohnehin bereits zu geringen Investitionsmöglichkeiten der öffentlichen Hand. Auch Konsumgutscheine haben gegenüber direkten Staatsausgaben eine deutlich geringere Wirkung.

Grüne Konjunkturpolitik setzt deshalb vor allem auf eine Ausweitung öffentlicher Investitionen. Wir wollen dabei ein Investitionsprogramm, das sich nahtlos in eine langfristige Nachhaltigkeitsstrategie einfügt. Dabei geht es uns vor allem um die Bereiche Bildung und Forschung, Ökologie und Infrastruktur. Die deutsche Gesellschaft steht in diesen Bereichen vor gewaltigen Herausforderungen, auf die die große Koalition noch keine überzeugende Antwort formuliert hat. Wir verbinden so das Notwendige der Konjunkturstabilisierung mit dem Nützlichen des sozial-ökologischen Umbaus. Im Gegensatz zu so manchem Konjunkturpaket der Vergangenheit muss ein grünes Investitionsprogramm den Strukturwandel vorantreiben und finanzieren statt ihn zu verhindern.

Ein sinnvolles Konjunkturpaket muss aber auch noch weiteren Kriterien genügen. Die Maßnahmen müssen möglichst schnell umsetzbar sein, also bis zum Ende 2010 greifen. Um die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Haushalte zu garantieren müssen die Ausgaben entweder zeitlich befristet sein, oder im Fall von dauerhaft höheren Investitionen z.B. im Bildungsbereich im nächsten Aufschwung durch ein entsprechend steigendes Steueraufkommen gegenfinanziert werden. Es muss auch quantitativ hinlänglich groß sein, um die Rezession messbar abzumildern. Und es muss zum größten Teil kreditfinanziert sein, da Ausgabenkürzungen an anderer Stelle oder Steuererhöhungen zum Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage an anderer Stelle führen und damit bestenfalls einen kleinen positiven Impuls setzen würden. Angesicht des Ausmaßes der Krise ist das unzureichend. Umschichtungen im Haushalt können selbstverständlich aus anderen Gründen sinnvoll sein, mit Konjunkturpolitik haben sie aber nichts zu tun.

Diesen Ansprüchen werden die bisher diskutierten Vorschläge nicht gerecht. Wir fordern daher ein ökosoziales Investitionsprogramm im Umfang von 50 Mrd. Euro; dies entspricht 2% des Bruttoinlandsprodukts. Angesichts der immer weiter nach unten korrigierten Wachstumsprognosen für Deutschland – der IWF geht inzwischen von einer Schrumpfung von 0,8% für 2009 aus – kann nur ein Programm dieser Größenordnung eine der außergewöhnlichen Situation angemessene Antwort geben. Dieses Programm muss zunächst vollständig über eine Erhöhung der Nettokreditaufnahme finanziert werden, weil wir zusätzliche Nachfrage generieren und nicht von einem Bereich in einen anderen umschichten wollen. Soweit es sich um einmalige Investitionsprojekte handelt kann es bei dieser Kreditfinanzierung bleiben. Der deutsche Sachverständigenrat hat bereits darauf hingewiesen, dass dies aufgrund der Renditen der Investitionen und weil sich der Staat damit finanziell nicht ärmer macht, nicht im Widerspruch zu einer nachhaltigen Finanzpolitik steht. Entstehen jedoch längerfristige Folgekosten müssen sie im nächsten Aufschwung gegenfinanziert werden.

Bei einem Investitionsprogramm dieser Größe ist es möglich, dass es nicht genügend Projekte gibt, die sich schnell realisieren lassen, da nicht in allen Bereichen die notwendigen Planungen bereits vorliegen. Angesichts der Schärfe des erwarteten Abschwungs kann ein Teil des Konjunkturprogramms aber auch erst 2010 greifen, da es vom heutigen Standpunkt aus extrem unwahrscheinlich ist, dass sich die Wirtschaft dann schon wieder erholt haben wird.

Die Schwerpunkte dieses Investitionsprogrammes sind:

#### Klimaschutz

- Die Programme zur energetischen und CO<sup>2</sup>-Gebäudesanierung wollen wir deutlich aufstocken, indem wir den Anteil der öffentlichen Förderung an der privaten Gebäudesanierung erhöhen. Noch immer bestehen in Deutschland erhebliche Defizite bei der Wärmedämmung und bei der Nutzung der Erneuerbaren zur Wärmeerzeugung. Ein intelligentes Instrument im Bereich der Gebäudesanierung, für öffentliche wie private Haushalte, sind Contracting-Modelle. Contracting wollen wir durch geeignete Finanzierungsinstrumente, u.a. Staatsbürgschaften oder KfW-Kredite, fördern.
- Nach wie vor ist ein großer Teil des öffentlichen Gebäudebestandes nicht energetisch modernisiert. Das KfW-Programm Sozial Investieren wird alleine aber nicht zu umfangreichen Investitionen in diesem Bereich führen, da viele Kommunen überschuldet sind. Ein Ausweg ist hier nur ein Programm des Bundes, welches die Kosten vollständig übernimmt. Schwerpunkte sollten Kinderbetreuungseinrichtungen, Schulen, Hochschulen und der öffentliche Wohnungsbestand sein.
- Hemmnisse für den ökologischen Umbau der Gesellschaft ist oft auch die fehlende Infrastruktur. Dies trifft auf die Stromnetze ebenso zu wie auf die Fern- und Nahwärmenetze, die zum Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung benötigt werden. Der Staat kann die Krise nutzen um in diesem Bereich in großem Umfang zu investieren.
- Ein Programm zur Renaturierung und Attraktivitätssteigerung von Flüssen, Bächen, Mooren und Auen, käme insbesondere mittelständischen Planungs-, Garten- und Landschaftsbauunternehmen zugute. Zugleich würden diese Investitionen zum

Klimaschutz betragen. Dies kann eingebunden werden in Vorhaben zur naturnahen Erholung und zur Förderung des sanften Tourismus.

### Verkehr

- Im Verkehrsbereich gibt es einen sehr großen Investitionsbedarf. Besonders die Schienennetze sind an vielen Stellen veraltet und marode. Deswegen wollen wir in einem ersten Schritt den Anteil der öffentlichen Hand an bereits genehmigten aber nicht ausgeführten Infrastrukturprojekten der Bahn auf 100% erhöhen.
- Auch der öffentliche Personennahverkehr unterliegt einem beachtlichen Investitionsstau, nicht zuletzt auch deshalb, weil die Regionalisierungsmittel gekürzt wurden. Wir wollen nicht nur diese Kürzung zurücknehmen, sondern die Mittel aufstocken. Bestandteil einer klugen Investitionsoffensive ist es auch ein Sonderprogramm für die Erneuerung und den Ausbau des ÖPNV, besonders in den Regionen in denen hier erhebliche Defizite bestehen.
- Statt für neue Straßen, setzen wir uns für die Sanierung der Bundesfernstraßen, Tunnel und Brücken ein, die zum Teil in sehr schlechtem Zustand sind. Bei der Straßensanierung sind kleinere Baulose zu vergeben, damit davon vor allem auch regionale, kleine und mittelständische Bauunternehmen profitieren.
- Ein modernes Verkehrssystem besteht auch aus Radwegen. In vielen Kommunen existieren keine gut ausgebauten Radwege, aber auch über die kommunale und regionale Ebene hinaus besteht Handlungsbedarf. Das Radfernwegenetz hat einen hohen touristischen Wert und hier gilt es Lücken zu schließen.

### Bildung

- Wir wollen die Kinderbetreuung im vorschulischen Bereich ausbauen. Die Krise kann genutzt werden, um diese von uns seit langem geforderten quantitativen wie qualitativen Verbesserungen schneller umzusetzen. Die laufend anfallenden Kosten hierfür wären dann im Aufschwung durch entsprechende steuerrechtliche Änderungen aufzubringen.
- Wir wollen die Schulen zu gebundenen Ganztagschulen ausbauen. Nach allen Berechnungen ist dies eine kostenintensive Maßnahme. Daher wollen wir nun die Anstrengungen in diesem Bereich intensivieren und auch in diesem Bereich die laufenden Kosten durch spätere Steuererhöhungen und Umschichtungen von Haushaltsmitteln decken.
- Die Zahl der Studienberechtigten steigt in den nächsten Jahren stark an. Wir wollen jedem Studierwilligen auch einen Studienplatz bieten. Dazu müssen wir die Kapazitäten der Universitäten und Fachhochschulen aufstocken.

### Kommunale Infrastrukturen

- Der wohl wichtigste Punkt einer Investitionsoffensive ist die Auflösung des seit Jahren bestehenden kommunalen Investitionsstaus. Dieser betrifft fast alle Bereiche kommunalen Handelns wie Schulen, Wasser und Abwassernetzen, dem ÖPNV, Straßen, Sportstätten und Kultureinrichtungen. Das deutsche Institut für Urbanistik hat den kommunalen Investitionsbedarf auf 704 Mrd. Euro für den Zeitraum von 2006 bis 2020 beziffert. Damit besteht auch beim derzeitigen Investitionsvolumen

eine jährliche Unterdeckung von ca. 7 Mrd. Euro. Dabei ist insbesondere dafür Sorge zu tragen, dass auch ärmere und überschuldete Kommunen, bei denen die Bedarfe besonders hoch sind, investieren können. Dazu sind temporäre haushaltsrechtliche Änderungen notwendig, aber auch ein Verzicht auf Kofinanzierungen - der Anteil des Bundes und der Länder muss bei 100% der Investitionskosten liegen.

- Noch immer sind vor allem Teile des ländlichen Raums vom Breitband-Internet abgekoppelt, was auch die wirtschaftliche Entwicklung in diesen Regionen hemmt. Wir wollen daher die Wirtschaftlichkeitslücke durch zweckgebundene Zuschüsse mit dem Ziel des flächendeckenden Ausbaus der Netze schließen.
- Wir wollen Projekte der sozialen Stadtentwicklung, die in den letzten Jahren, besonders unter dem Sparwahn zu leiden hatten, wieder angemessen finanzieren und unterstützen.

### Soziales und Gesundheit

- Auch die Ausstattung und der Zustand der öffentlichen Krankenhäuser ist verbesserungsbedürftig. In vielen Bereichen besteht ein Sanierungsstau, die Neuanschaffung von modernen medizinischen Geräten wurde vernachlässigt, in Teilbereichen wurden aber auch Überkapazitäten geschaffen, die hohe Folgekosten verursachen. Diese Missstände wollen wir mit der Zuweisung von entsprechenden zweckgebundenen Mitteln an die Länder beheben.
- Der demographische Wandel stellt die Gesellschaft vor eine große Herausforderung. Hier können Investitionen in kommunale Projekte zum altersgerechten Wohnen und zur häuslichen Betreuung im hohen und höchsten Alter einen Beitrag zur Sicherung eines selbstbestimmten Lebens leisten.
- Auch die von uns geforderten sozialpolitischen Maßnahmen haben eine konjunkturell positive Wirkung. Wir wollen deshalb einen Teil des Konjunkturprogramms in die Aufstockung sozialer Leistungen stecken. Dazu gehören unter anderem die Einführung einer Kindergrundsicherung, die Erhöhung der Regelsätze des Arbeitslosengelds II auf 420 Euro und Maßnahmen zur Senkung der Belastung mit Sozialabgaben im unteren Einkommensbereich.